

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellungen und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,70 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Wölbelsbühlstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-Alt. Wölbelsbühlstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Mittwochs 10-18 Uhr, Sonntags 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neu einmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Wölbelsbühlstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Abzahl besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 1. November 1928

Nummer 256

Riesenausperrung in der Metallindustrie

Nach Wiffells Verbindlichkeitserklärung sperren die Unternehmer im Rheinland aus
Opposition gegen reformistische Niederlagenstrategie!

500 000 Bertätigte werden betroffen

Berlin, 1. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Die sogenannten letzten Einigungsverhandlungen für die Metallindustrie der Nordwestgruppe sind gestern vormittag fortgesetzt worden, jedoch ergebnislos geblieben. Darauf hat der Reichsarbeitsminister Wiffell den Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Das Reichsministerium nahm nach einer eingehenden Aussprache von dem vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedspruch Kenntnis.

Der „Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestgruppe des Vereins Deutscher Eisen- u. Stahlindustrieller“ ließ gestern eine Erklärung veröffentlichen, daß der für verbindlich erklärte Schiedspruch aus formellen und materiellen Gründen nichtig sei. Die am 13. Oktober ausgesprochene Kündigung habe bereits zur Entlassung der Belegschaften geführt. Zwischen den Werken und der Arbeiterschaft bestehe daher kein Arbeitsverhältnis mehr. Von den Arbeitgebern werde Feststellungsklage über die gesetzliche Unzulässigkeit des Schiedspruches beim Arbeitsgericht eingereicht. Die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung an die Ausgesperrten komme nicht in Frage.

Die Unternehmer haben bereits gestern nachmittag mit der teilweisen Stilllegung der Betriebe begonnen. Bei den größeren Werken, in denen in mehreren Schichten gearbeitet wird, wurden den Arbeitern um 14 Uhr die Papiere und der Restlohn ausgehändigt. Das gleiche geschah um 22 Uhr mit der Nachschicht. Die Generalausperrung dürfte im Laufe des heutigen Tages durchgeführt sein. Die Werke wurden sofort mit verstärkten Sicherheitstruppen besetzt.

Die Berliner Börse fand bereits am Vormittag unter dem Einfluß des Kampfes in der Eisenindustrie. Die Märkte liegen bei ganz geringem Umsatz kuromäßig nach. Es gab einen durchschnittlichen Rückgang von 2 bis 4 Prozent. Schwere Papiere verloren bis zu 10 Prozent.

Die norwegischen Reedereien haben von den Reedereien in Rotterdam ein Telegramm erhalten, wonach die westdeutschen Eisen- und Stahlwerke geordert hätten, die Verfrachtung von Erz für diese Werke einzustellen. Die Unternehmer rechnen also von vornherein mit einer langen Dauer des Kampfes.

Der entbrannte Kampf ist der größte seit Jahren. 250 000 Hütten- und Metallarbeiter sind von ihm unmittelbar betroffen, mit ihren Familienangehörigen sind es über eine halbe Million Bertätigte. Da der Ruhrbergbau ungefähr 30 Prozent der Steinkohlenförderung an die Eisenindustrie liefert, werden voraussichtlich auch die meisten Hütten sofort Feierabend machen müssen. Bei längerer Dauer ist mit Massenentlassungen im Ruhrbergbau zu rechnen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband erteilt einen Aufruf, in dem er lediglich fordert, daß kein Metallarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen dürfe, ohne daß dem Schiedspruch volle Geltung verschafft sei. Der Vsa-Bund hat seine Mitglieder angewiesen, alle Notstandsarbeiten zu verweigern.

Die Leitung der Kommunistischen Partei im Ruhrgebiet veröffentlicht einen Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft des Industriegebietes mit folgenden Parolen: Wahl revolutionärer Kampfleitungen in allen Betrieben, ihre örtliche und bezirkliche Zusammenfassung zu einer zentralen Führung, die aus Betriebsräten und Betriebsarbeitern hervorgeht mit der Aufgabe der Verhinderung jeglichen Streikbruchs, Einstellung aller Notstandsarbeiten, restlose Einbeziehung der Jugendlichen und Befestigung in den Kampf, Streikpostenstellen, enge Verbindung zwischen den Organisierten und Unorganisierten, Herstellung der Verbindung mit den Nachbarbetrieben, Forderungen an die Kommunen, um die kämpfenden Metallarbeiter zu unterstützen, Appell an die Bertätigten des Industriegebietes zu einer Solidaritätsaktion, und Appell an die Bergarbeiter, die Transportarbeiter und die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe, sich vorzubereiten, um mit den vom Trustkapital unmittelbar bedrohten Metallarbeitern ein Kampfbündnis zu schließen.

Die Unternehmer gaben bereits zum Schiedspruch höhnische Erklärungen ab, während die reformistische Bureaucratie denselben begründete, obwohl er der Mehrheit der Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet nichts und der Minderheit der im Stundenlohn Arbeitenden Bettelpfennige hinwarf. Aber das Trustkapital begnügte sich nicht mit der Kapitulation der Reformisten, sondern forderte die völlige, direkte und moralische Niederlage der Arbeiter, um den Massen das Bewußtsein einzuhämmern, daß sie geschlagen und dem Kapital auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Der ungeheuerliche Vorstoß der Unternehmer ist das Resultat der reformistischen Niederlagenstrategie. In jedem Kampf haben die Reformisten das Proletariat verraten und es mit hohlen Phrasen von der Wirtschaftsdemokratie und dem Lob des Schlichtungsschwindels abgelpelt.

Diese Niederlagenstrategie der Reformisten gehört zur Reaktionspolitik der Sozialdemokratie. Sie opfert schrankenlos alle Interessen der Arbeiter, sei es bei den Konföderationsverhandlungen in Preußen, beim Zoll- und Steuerkampf, beim Tanagerkreuzerbau oder bei den Millionenforderungen für die Reichswehr. Der Vorwärts bringt auch jetzt keine wirkliche Kampfmaßnahme, er fordert kein

Kampfbündnis mit den Unorganisierten, im Gegenteil, er spielt sie gegen die Organisierten aus. Er mobilisiert nicht die Bergarbeiter und die Eisenbahner. Er vertritt die Arbeiter, die bürgerlichen Gerichte anzurufen, um den Lohn einzuklagen.

Klasse gegen Klasse ist die wirkliche Lage.

Der Angriff der Schlottbarone eröffnete den Kampf. Auf die vom Kapital geplante Niederlage ist mit einem proletarischen Gegenstoß zu antworten. Es gilt, Belegschaftsversammlungen abzuhalten. Planmäßig muß die Niedertageaktion der Reformisten durchbrochen werden. Demonstrationen, Massenmeetings, Mobilisierung des Gesamtproletariats, Zusammenwerfung der kampftätigen Kampffront über ganz Deutschland — so allein können die Arbeiter in diesem Riesenkampf Sieger bleiben.

Neue Verfolgungswelle

Eine neue Welle der Verfolgung der kommunistischen Bewegung hat in Folge der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion in allen Ländern eingeleitet. Nachdem am Montag die Hamburger Staatsanwaltschaft die KPD-Zeitung „Rote Front“ in Berlin bei allen Straßenhändlern hatte beschlagnahmen lassen, fand am Dienstag in den Räumen der Bundesführung des KPD und im Karl-Viebeck-Haus eine Hausdurchsuchung statt. Als Grund wird der Artikel zum Gedentag des Hamburger Oktoberaufstandes angegeben. In Hamburg wurde gefordert, die verantwortliche Redaktion der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“, Gen. Hubert Heisch, verhaftet, obwohl er schwer krank ist und keine Haftunfähigkeit ärztlich festgestellt wurde. Seine Verhaftung erfolgte wegen des oben genannten Artikels. In der Tschechoslowakei ist gestern das kommunistische Zentralorgan „Rude Prava“ und das Abendblatt „Rude Vecer“ auf einen Monat verboten worden. In Polen hat die politische Polizei die gesamte Leitung der kommunistischen Partei der polnischen Ukraine, etwa 45 Funktionäre, verhaftet. In Litauen verurteilte das Kriegsgericht 2 kommunistische Arbeiter wegen Verbreitung revolutionärer Schriften zu je vier Jahren Zuchthaus. In Finnland wurde der Chefredakteur der kommunistischen Zeitung „Tieto“ sowie 20 andere Funktionäre verhaftet. In Japan wurde gestern über 34 angeklagte Kommunisten, die kommunistische Literatur verbreitet haben, insgesamt 400 Jahre Zwangsarbeit verhängt. Bisher sind in Japan 2400 Kommunisten verhaftet worden, mit der Begründung, die kommunistische Gefahr wachse in Japan täglich.

Auch in Dresden Hausdurchsuchung

Wie wir schon erfahren, hat heute vormittag auch in Dresden die Polizei eine Hausdurchsuchung im Gebäude des KPD, Jakobstraße, vorgenommen, und dabei 133 Zeitungen „Die Rote Front“ beschlagnahmt.

Textilarbeiter, vor die Front!

Verhindert die Stabilisierung eurer Hungerlöhne auf weitere 1 1/2 bis 2 Jahre

Eine Welle von Wirtschaftskämpfen durchbraut Deutschland. Heterall erblicken wir erbitterte Kämpfe, und neben den Metallarbeitern stehen besonders die Textilarbeiter unter dem Trommelfeu der Unternehmerverbände. Gerade in der Textilindustrie gehen die Kapitalisten mit ganz besonderer Brutalität vor. Kaum haben die Gewerkschaftsführer die Arbeiter in München-Gladbach wieder in die Betriebe gezwungen, da kündigen die Unternehmer einen weiteren halben Millon von Textilarbeitern den Lohnsturz auf. Ganz deutlich sehen wir hier die Auswirkung der letzten Bankerlei in Köln und des Beschlusses des Arbeitgeberverbandes für die deutsche Textilindustrie, der Anfang September in einer Sitzung in Berlin gefaßt wurde. In diesem heißt es:

„Der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie teilt mit: Die heute in Berlin vollständig versammelten Vertreter der Arbeitgeberverbände der deutschen Textilindustrie angehörenden Bezirke- und Ortsverbände beschließen sich mit den verschiedenen Textilbezirken ausgebrochenen Arbeitskämpfen. Sie erblicken in den von den Textilgewerkschaften gestellten neuen Lohnforderungen die bestimmte Absicht, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse einer allgemeinen Erhöhung der Textilarbeiterlöhne im gesamten Reich den Weg zu bereiten. Aus dieser Erkenntnis heraus steht die gesamte deutsche Textilindustrie mit ihrem Spitzenverband hinter den angegriffenen Verbänden. Diese Verbände werden alle zur Verfügung zu stellen, um den von den Gewerkschaften eingeleiteten Kampf zu dem Ende zu führen, das den Wirtschaftsbedingungen und damit allein auf die Dauer auch den Interessen der Arbeiterschaft gerecht wird.“

Kun, und die Textilgewerkschaften haben ja bereits gezeigt, daß sie zur Durchsetzung ihrer Pläne nicht davor zurückschrecken, Hunderttausende auf das Straßenpflaster zu werfen. München-Gladbach war der Ausgangspunkt ihrer Offensive, und da sie auf Grund des veräulerten Verhaltens der Gewerkschaftsbureaucratie daselbst ihr Ziel erreicht haben, gedenken sie jetzt im Herzen der deutschen Textilindustrie, in Sachsen, ihre schamhaften Pläne durchzuführen.

Die Behauptung der Unternehmer, daß sie in einer „Notlage“ seien, ist durch und durch erlogen. Wohl macht sich eine gewisse Verengung des Absatzmarktes bemerkbar, in einigen Ländern, die bisher keine nennenswerte Textilproduktion zu verzeichnen hatten, ist eine Textilindustrie aufgebaut worden. Die kapitalistische Nationalisierung in allen Ländern hat zu einer starken Produktionssteigerung geführt. Der deutsche Inlandsmarkt hat sich infolge der Verlesung breiter Massen verengt. Doch hat das Unternehmertum in den letzten Jahren große Gewinne gemacht, denn nach den amtlichen Zahlen ist der Reingewinn der Textilfabrikgesellschaften nach ihren eigenen Angaben von 43 Millionen im Jahre 1926 auf 76 Millionen im Jahre 1927, die Dividende von 36 auf 56 Millionen gestiegen. Dagegen werden im Durchschnitt in der deutschen Textilindustrie Wochenlöhne von 18 bis 36 Mark gezahlt. Aber weil die Gewerkschaftsführer diesem Machtkampf, den die Unternehmer den Arbeitern aufzwingen wollen, in München-Gladbach ausweichen sind, da die Unternehmer in diesem Bezirk ihren ersten großen Erfolg bei ihrer Lohnabschwächung zu verzeichnen hatten, erfolgt jetzt der Vorstoß der Textilbarone in ganz Deutschland. Oder war der Schiedspruch in München-Gladbach eine Niederlage der Unternehmer, wie die Gewerkschaftsführer behaupten? Nun, lassen wir das Organ der Textilkapitalisten, die „Textilzeitung“, selbst zu Worte kommen. In der Nummer vom 19. Oktober stellt die „Textilzeitung“ zum Ausgang des München-Gladbacher Kampfes folgendes fest:

„Immerhin ist eine wichtige Unternehmerforderung durchgeföhrt. Der Manteltarif läuft bis zum Dezember 1928, also noch 2 Jahre. Der Gehaltstarif bis April 1929, also mehr als 1 1/2 Jahre. Damit wird die geforderte Stabilisierung in der Lohnkalkulation auf eine ganz ansehnliche Zeit stabilisiert.“

Das ist das, was die Unternehmer in den nächsten Wochen in allen Industrien durchsetzen wollen. Die Festlegung der jetzt bestehenden Löhne auf weitere 1 1/2 bis 2 Jahre. Und es ist geradezu ein Verbrechen, wenn die Gewerkschaftsführer immer wieder behaupten, daß — weil ein Lohnabbau, den die Unternehmer durchsetzen wollten, „verhindert“ worden ist — nach dem einem Erfolg der Arbeiter gesprochen werden könne. Die gesamte Arbeiterschaft muß dieses veräulerte Spiel der Reformisten durchschauen. Eine Festlegung der niedrigen Löhne, selbst eine minimale Erhöhung des Lohnes um 4 bis 6 Prozent, bedeutet bei einer Laufdauer der Tarife von 1 1/2 bis 2 Jahren einen Abbau des Reallohnens. Schon in den nächsten Wochen und Monaten wird zweifellos eine weitere Steigerung der ge-

sch
sche
in er-
jedes
„an-“
von
nichts
rean-
üchten
weiter-
frung
des
ischen
Reihö-
se vor-
fleier
wert-
n!
es
ihnen
sch sal-
S-Gel-
nm im
Beur-
id ein
en der
nichts.
es.“
er der
an die
sie auf
erkm
i und
eispal-
schaft
teilmit-
fulktion
Füh-
er im
Jahr-
ausge-
gebenen
? Oh,
hon im
erg be-
cht nur
Reichs-
sierung,
sch eben
Streiks
stover-
ab nicht
bleiben.
i Bier-
politik-
er 1928
wirken,
mäßige
wenden.
Geleb
i Dutz-
nd die-
schwer-
ider.
M
B
sekretär
Erhard
igestellt.
n Jahr-
ing in
en für
erhalten
wieder
sch nicht
in den
sch durch
machte
te sogar
aber in
en war
gerichten
Rein-
ich ein
nheimer
u. Die
und bei
en auch
hen war
ig seiner
on. Wer
u n je l.
gehoben,
ten vom
genannt
auch in
bedung.